

G20 Gesundheitsministertreffen in Berlin: Deutsche Plattform für globale Gesundheit fordert Umdenken in der globalen Gesundheitspolitik

Zu Beginn des G20 Gesundheitsministertreffens, das sich mit globalen Gesundheitskrisen wie der Bekämpfung von Ebola und anderen Seuchen sowie der Eindämmung von Antibiotikaresistenzen befassen wird, fordert die Deutsche Plattform für Globale Gesundheit (DPGG) ein Umdenken in der globalen Gesundheitspolitik. In der DPPG engagieren sich Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, entwicklungspolitische Organisationen, Wissenschaft sowie soziale Projekte. Der DPPG ist es ein wichtiges Anliegen, die schädlichen Auswirkungen der Politik der dominierenden Wirtschaftsländer auf die Gesundheit in der Welt zu benennen und die sozialen und politischen Bedingungen für Gesundheit stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

»Die Gesundheitsversorgung wird weltweit immer mehr dem Markt unterworfen«, beklagt Margret Steffen von Ver.di, »das trägt zu Verschlechterung in der Gesundheitsversorgung bei«. Die Ebola-Epidemie in Westafrika hat gezeigt, wie die Destabilisierung der betroffenen Länder durch unfaire Handelsbeziehungen, postkolonialen Raubbau und die systematische Abwerbung von medizinischem Fachpersonal zum Ausbruch der Epidemie beiträgt. »Daher kann der Schutz vor Seuchen nur gelingen, wenn diese politischen Faktoren Berücksichtigung finden«, sagt Anne Jung, Gesundheitsreferentin von medico international.

Dies gilt auch für das zweite große Thema beim G20-Gesundheitsministertreffen, den Kampf gegen Antibiotikaresistenzen. *»Solange Handels- und Investitionsabkommen die Renditen von Unternehmen über den Schutz der Bevölkerung vor gesellschaftlich und gesundheitlich schädliche Folgen der Gewinnmaximierung stellen, bleiben die Aussichten im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen düster«* sagt der Arzt und Gesundheitswissenschaftler Jens Holst von der Hochschule Fulda, einer der Mitgründer der Plattform für globale Gesundheit.

Effektive Strategien zur Eindämmung der Resistenzentwicklung müssen deshalb die sozialen Sicherungssysteme einbeziehen und die globale Tendenz zur Privatisierung der Gesundheitsausgaben umkehren.

Mit medizinisch-technischen Ansätzen allein wird man die dramatische Zunahme von Antibiotikaresistenzen nicht in den Griff bekommen. *»Es ist widersprüchlich, wenn die Gesundheitspolitik sich bemüht, den Antibiotikaeinsatz zu reduzieren, und andererseits die Agrarpolitik auf Massenproduktion und globale Exporte setzt. Besser sollten regionale Erzeugerstrukturen gefördert werden, die die Tiergesundheit in den Vordergrund stellen«,* sagt Christian Wagner-Ahlf von der BUKO Pharma-Kampagne. Das sollte die Bundesregierung bedenken, wenn sie auf der globalen politischen Bühne tatsächlich Verantwortung für die Überwindung des Resistenzproblems übernehmen will.

Die DPGG fordert die Bundesregierung daher auf, die Bedeutung der sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen von Gesundheit stärker zu berücksichtigen und beim Treffen der G20-Gesundheitsminister auf die Tagesordnung zu setzen.

Rückfragen richten Sie bitte an

Anne Jung, medico international, DPGG jung@medico.de Tel. 0179 123 07 19

Dr. Christian Wagner-Ahfs, BUKO Pharma-Kampagne cw@bukopharma.de Tel. 0171 – 42 82 544

www.plattformglobalegesundheit.de

Ärzte der Welt

attac AG Soziale Sicherung

BUKO Pharma-Kampagne

Stiftung Umverteilen! Asien AG

medico international

Ver.di

Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte